

LANDTAG RHEINLAND-PFALZ

17. Wahlperiode

Ausschuss für Europafragen und Eine Welt

11. Sitzung am 07.06.2017
– Öffentliche Sitzung –

Protokoll

Beginn der Sitzung: 14:02 Uhr

Ende der Sitzung: 14:52 Uhr

Tagesordnung:

1. Umsetzung des rheinland-pfälzischen „Entwicklungsprogramms Agrarwirtschaft, Umweltmaßnahmen, Landentwicklung“ (PAUL) – Ex-post-Bewertung nach Verordnung (EG) Nr. 1698/2005
Unterrichtung gem. Art. 89 b LV i.V.m. der hierzu geschlossenen Vereinbarung
Ministerium für Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau
– Vorlage 17/1088 –
2. Die Zukunft Europas gestalten – Freizügigkeit und Sicherheit der Europäischen Union stärken
Antrag
Fraktion der CDU
– Drucksache 17/2908 –
3. Agenda 2030 umsetzen, nachhaltige Entwicklung fördern
Antrag nach § 76 Abs. 2 Vorl. GOLT
Fraktion der SPD
– Vorlage 17/1493 –

Ergebnis:

Kenntnisnahme
(S. 4)

Ablehnung empfohlen
(S. 5)

Erledigt
(S. 3, 10 – 13)

Tagesordnung (Fortsetzung):

4. EU-Dienstleistungspaket
Antrag nach § 76 Abs. 2 Vorl. GOLT
Fraktion der CDU
– Vorlage 17/1495 –

5. Europaweite Jugendstudie „Generation What?“
Antrag nach § 76 Abs. 2 Vorl. GOLT
Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
– Vorlage 17/1505 –

6. Deutsch-französische Kooperation nach der Wahl von Macron
Antrag nach § 76 Abs. 2 Vorl. GOLT
Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
– Vorlage 17/1506 –

7. Verschiedenes

Ergebnis:

Erledigt mit der Maßgabe
schriftlicher Berichterstat-
tung
(S. 3)

Erledigt
(S. 6 – 8)

Erledigt
(S. 9)

S. 14

11. Sitzung des Ausschusses für Europafragen und Eine Welt am 07.06.2017
– Öffentliche Sitzung –

Herr Vors. Abg. Hartenfels eröffnet die Sitzung und begrüßt die Anwesenden, insbesondere Frau Staatssekretärin Raab.

Vor Eintritt in die Tagesordnung:

Der Ausschuss beschließt einvernehmlich, **Punkt 4** der Tagesordnung

EU-Dienstleistungspaket

Antrag nach § 76 Abs. 2 GOLT

Fraktion der CDU

– Vorlage 17/1495 –

gemäß § 76 Abs. 2 Satz 3 der Geschäftsordnung des Landtags mit Einverständnis der Antragstellenden und der Landesregierung mit der Maßgabe für erledigt zu erklären, dass die Landesregierung dem Ausschuss schriftlich berichtet.

Der Ausschuss kommt weiterhin einvernehmlich überein, **Punkt 3** der Tagesordnung

Agenda 2030 umsetzen, nachhaltige Entwicklung fördern

Antrag nach § 76 Abs. 2 GOLT

Fraktion der SPD

– Vorlage 17/1493 –

im Anschluss an Punkt 6 der Tagesordnung aufzurufen und zu behandeln.

11. Sitzung des Ausschusses für Europafragen und Eine Welt am 07.06.2017
– Öffentliche Sitzung –

Punkt 1 der Tagesordnung:

Umsetzung des rheinland-pfälzischen „Entwicklungsprogramms Agrarwirtschaft, Umweltmaßnahmen, Landentwicklung“ (PAUL) – Ex-post-Bewertung nach Verordnung (EG) Nr. 1698/2005

Unterrichtung gem. Art. 89 b LV i.V.m. der hierzu geschlossenen Vereinbarung
Ministerium für Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau
– Vorlage 17/1088 –

Der Ausschuss nimmt von der Unterrichtung – Vorlage 17/1088 –
Kenntnis.

Punkt 2 der Tagesordnung:

Die Zukunft Europas gestalten – Freizügigkeit und Sicherheit der Europäischen Union stärken

Antrag

Fraktion der CDU

– Drucksache 17/2908 –

Herr Vors. Abg. Hartenfels bringt zur Kenntnis, der Antrag sei vom Plenum an den Ausschuss überwiesen worden. Die Absicht habe gelautet, einen gemeinsamen Antrag der regierungstragenden Fraktionen mit der CDU-Fraktion zu erarbeiten.

Herr Abg. Seekatz bedauert, eine Einigung sei nicht erzielt worden. Daher könne über den Antrag diskutiert oder direkt abgestimmt werden.

Herr Vors. Abg. Hartenfels stellt fest, die CDU-Fraktion wünsche also keine Begründung oder Diskussion, was von **Herrn Abg. Seekatz** bestätigt wird.

Frau Abg. Scharfenberger zeigt sich verwundert, ein Antrag werde eingebracht, solle jedoch im Ausschuss nicht und erst im Plenum diskutiert werden.

Herr Abg. Seekatz erklärt sich bereit, die einzelnen Punkte zu diskutieren. Der Antrag der CDU-Fraktion sei zugeleitet worden. Die Änderungswünsche seien so eklatant, dass von dem ursprünglichen Antrag nichts mehr übrig bleibe. Daher werde keine Einigung erzielt werden.

Frau Abg. Scharfenberger möchte bestätigt wissen, der Antrag werde in seiner jetzigen Form eingebracht, und es solle nicht darüber diskutiert werden.

Herr Abg. Seekatz wendet ein, selbstverständlich könne darüber diskutiert werden. Jedoch werde der Sinn angezweifelt, da bei diesem Thema keine Aussicht auf Einigung bestehe.

Frau Abg. Scharfenberger fasst zusammen, wenn Herr Abgeordneter Seekatz über den eigenen Antrag nicht diskutieren wolle, werde dies im Plenum erfolgen. Angekündigt werde die Einbringung eines Alternativantrags durch die Regierungsfractionen.

Es werde bedauert, dass keine Einigung erzielt werden könne. Am Vorabend habe in Mainz ein EU-Bürgerdialog stattgefunden. Dabei sei die Relevanz eines gemeinsamen Auftretens deutlich geworden. Herr EU-Kommissar Oettinger und Frau Ministerpräsidentin Dreyer hätten dies gut dargestellt.

Herr Abg. Seekatz verleiht ebenfalls seinem Bedauern Ausdruck, dass keine Einigung erzielt werden könne. Einer Diskussion über den Antrag werde sich nicht entgegengestellt. Dies werde jedoch in der Sache nicht weiterbringen, da die Änderungswünsche zu eklatant seien.

Frau Abg. Scharfenberger erklärt, der eigene Antrag sei der CDU-Fraktion vor 14 Tagen zugesandt worden. Seitdem habe sich diese nicht dazu geäußert. Am Vorabend sei gesagt worden, dass man nicht zusammenkommen werde. Unter einer vorherigen Abstimmung werde etwas anderes verstanden.

Herr Vors. Abg. Hartenfels drückt ebenfalls sein Bedauern aus. Wenn ein Plenarantrag an einen Ausschuss überwiesen werde, finde dort normalerweise eine Diskussion dazu statt. Es werde im Plenum darüber zu diskutieren sein.

Der Ausschuss beschließt mit den Stimmen der Vertreterinnen und Vertreter der Fraktionen der SPD, AfD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Vertreterinnen und Vertreter der Fraktion der CDU, dem Landtag die Ablehnung des Antrags – Drucksache 17/2908 – zu empfehlen.

Punkt 5 der Tagesordnung:

Europaweite Jugendstudie „Generation What?“

Antrag nach § 76 Abs. 2 GOLT

Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

– Vorlage 17/1505 –

Frau Staatssekretärin Raab stellt Frau Ludwig vor, Spiegelreferentin in der Landesvertretung in Brüssel und zuständig für das Ressort des Ministeriums für Familie, Frauen, Jugend, Integration und Verbraucherschutz, sowie den neuen Abteilungsleiter der Abteilung Europa und Internationales seit dem 1. Juni 2017, Herrn Dr. Deniz Alkan.

Seit dem 1. Juni 2017 gebe es mit Frau Dr. Johanna Becker-Strunk zudem eine neue Leitung in der Landesvertretung in Brüssel. Verstärkt werde das Team in der Ständigen Vertretung der Bundesrepublik Deutschland in Brüssel von Frau Pia Wenningmann. Mit Blick auf die EU-Ratspräsidentschaft 2020 sei sie aufgrund ihrer Expertise angefragt worden, das Auswärtige Amt dort zu unterstützen.

Das Projekt der europaweiten Jugendstudie „Generation What?“ sei von der Europäischen Rundfunkunion (European Broadcasting Union, EBU) koordiniert worden. In Deutschland seien der Bayerische Rundfunk, der Südwestrundfunk und das ZDF federführend gewesen.

Die Studie beschäftige sich mit der jungen Generation von 18 bis 34 Jahren in Deutschland und Europa. 35 europäische Länder seien in den Blick genommen worden. Junge Menschen seien nach ihren Zielen, Wünschen, Hoffnungen und Ängsten befragt worden. Fast eine halbe Million Menschen habe sich über ein interaktives Online-Portal beteiligt, in Deutschland allein 180.000 junge Menschen, und Fragen zum Leben und ihren Ansichten beantwortet.

Die Autoren hätten für die Studie die Ergebnisse aus Belgien, Deutschland, Griechenland, Italien, Luxemburg, den Niederlanden, Österreich, Schweiz, Spanien und Tschechien ausgewertet. Damit umfassten die Ergebnisse nicht alle EU-Mitgliedstaaten. Insgesamt sei die Studie für über 80 Millionen junge Menschen repräsentativ.

Es gebe Auswertungen für die einzelnen Länder sowie eine europäische Gesamtperspektive zu ausgewählten Themenkomplexen wie Arbeit und Bildung, Vertrauen in Institutionen, Gesellschaft, Europa, Sexualität, Familie sowie Blick in die Zukunft. Die Ergebnisse seien nach den verschiedenen Kohorten und länderspezifisch ausgewertet worden.

Bei dem Europabericht und den Länderperspektiven sei deutlich geworden, das Thema der sozialen Ungleichheit beschäftige die jungen Menschen besonders. Sie trauten der Politik und anderen Institutionen nur unter Vorbehalt zu, gesellschaftliche Probleme zu lösen.

Zum Vertrauen in Institutionen ergebe sich in den einzelnen Ländern ein sehr differenziertes Bild. In Deutschland zeige sich ein sehr großes Vertrauen. 77 % der jungen Menschen hätten dort ausgesagt, den Institutionen zu vertrauen. Nur 23 % hätten deutlich gemacht, kein Vertrauen zu haben. In Griechenland, Frankreich und Italien hätten etwa 60 % der jungen Menschen wenig bis gar kein Vertrauen in die Institutionen.

Deutliche Unterschiede seien nicht nur in den Ländern, sondern auch beim Bildungsgrad festzustellen. Je niedriger der Bildungsgrad, desto größer scheine das Misstrauen gegenüber der Politik zu sein. Auch das Alter spiele bei der Einschätzung, ob der Politik vertraut werden könne, eine Rolle.

Das Misstrauen betreffe die Politik, die Institutionen und in einigen Bereichen auch die Medien und Justiz. Auch religiöse Institutionen seien in den Fokus genommen worden. In Ländern mit hoher Jugendarbeitslosigkeit wie Griechenland, Frankreich und Italien sei die Skepsis besonders groß. Wahrgenommen worden sei eine wachsende Ungleichheit in den jeweiligen Ländern.

Bei den jungen Menschen in allen Ländern sei eine überaus große Bereitschaft zu spüren gewesen, sich aktiv einzubringen, auch in politischen Institutionen. 9 % der jungen Europäer hätten positive Erfahrungen gemacht. Für 31 % wäre ein institutionalisiertes politisches Engagement beispielsweise in

11. Sitzung des Ausschusses für Europafragen und Eine Welt am 07.06.2017
– Öffentliche Sitzung –

Parteien zwar Neuland, aber eine Überlegung wert. In Deutschland sei diese Zahl mit 44 % am höchsten und in Griechenland mit 13 % am niedrigsten.

Neben den Parteien seien Nichtregierungsorganisationen deutlich attraktiver für junge Menschen, möglicherweise, weil diese weniger institutionalisiert seien.

Beim Themenbereich Gesellschaft könne festgestellt werden, dass die junge Generation mehrheitlich Zuwanderung als kulturelle Bereicherung wahrnehme und nationalistische, populistische Ideen ablehne. Vor allem die Deutschen hätten sich sehr davon distanziert. In keinem anderen Land hätten sich die Menschen deutlicher dagegen ausgesprochen, dass beispielsweise am Arbeitsmarkt die Einheimischen anderen Nationalitäten gegenüber bevorzugt werden sollten.

In Österreich, den Niederlanden und Tschechien gebe es eine gewisse Neigung zu nationalistischen Tendenzen. Auch in diesen Nationen nehme jedoch die weit überwiegende Mehrheit der jungen Menschen die Zuwanderung als Bereicherung für die kulturelle Vielfalt wahr.

Unter den jungen Europäern gebe es lediglich 6 %, die die Grenzen prinzipiell schließen wollten. Fast die Hälfte wolle die Grenzen für alle öffnen.

Der Blick auf Europa sei von einem deutlichen Pragmatismus geprägt. Dies betreffe Fragen des Vertrauens in europäische Institutionen in Bezug auf das eigene Land und die eigene Region. Nicht einmal jeder sechste spreche sich für einen EU-Austritt des eigenen Landes aus. Dies stimme positiv und bestärke darin, in der eingeschlagenen Richtung der Landesregierung fortzufahren. Trotz Fehlern werde die EU von den jungen Europäern als nützlich für das eigene Land wahrgenommen.

Im Bereich der Familie sei überwiegend von einem guten Verhältnis zu den Eltern berichtet worden. Fast die Hälfte vertrete die Meinung, das Verhältnis zu den Eltern sei entspannt. 22 % fänden es sogar ideal. Das Generationenverhältnis sei gut. Familiäre Konflikte seien die Ausnahme. Dabei würden keine Unterschiede hinsichtlich der Bildungsniveaus oder Herkunftsländer festgestellt. Alter und Geschlecht hätten auf die Bewertung an dieser Stelle kaum einen Einfluss. Spannungen im familiären Umfeld würden bei den niedriger Gebildeten öfter artikuliert.

55 % der jungen Europäer schauten eher optimistisch in die Zukunft, 43 % eher pessimistisch. Dies solle aufgegriffen werden, um notwendige Reformen anzustoßen.

Vor dem Hintergrund der wachsenden Ungleichheit und dem Misstrauen gegenüber den Institutionen würden die Ergebnisse mit einem sogenannten Bewältigungsoptimismus erklärt. Die jungen Europäer seien mit zahlreichen Krisenerfahrungen aufgewachsen, zum Beispiel mit dem 11. September 2001, dem Platzen der Internetblase, dem Zusammenbruch der Finanzmärkte, der Klimaproblematik und den Migrationsbewegungen in Europa. Dadurch hätten sie gelernt, pragmatisch mit Ungewissheiten umzugehen.

Die Studie greife viele interessante Punkte auf, die politisch in das Aktionsfeld aufgenommen werden sollten.

Herr Vors. Abg. Hartenfels bedankt sich für den Bericht.

Frau Abg. Willius-Senzer fragt, ob es eine Studie über das Verhältnis der jungen Menschen in Rheinland-Pfalz zu Europa gebe oder eine solche geplant sei.

Weiterhin sei zu fragen, wie es nach Einschätzung des Landes möglich sei, gerade die jungen Menschen mit niedriger Bildung für Europa zu gewinnen, und wie das Land beabsichtige, das verlorene Vertrauen der jungen Menschen in die Politik zurückzugewinnen.

Frau Staatssekretärin Raab antwortet, die europaweite Studie sei mit großer Spannung und großem Interesse zur Kenntnis genommen worden. Die Verhältnisse in Rheinland-Pfalz seien nicht bekannt.

Veranstaltungen wie der gestrige EU-Bürgerdialog oder das Modellprojekt Europa würden von sehr vielen jungen Rheinland-Pfälzern gerne wahrgenommen. Eine aktuelle statistische Erhebung gebe es

11. Sitzung des Ausschusses für Europafragen und Eine Welt am 07.06.2017
– Öffentliche Sitzung –

nicht. Derzeit gebe es keine Studie und sei nicht geplant. Möglicherweise könne dies in Zukunft mit dem Bildungsministerium angegangen werden.

Die aktuelle Studie sei von den Medienunternehmen angeregt worden. Es werde vermutet, diese hätten sich eine Rückmeldung gewünscht, wie ihre Angebote ankämen und Themen aufgegriffen werden könnten.

Frau Ministerpräsidentin Dreyer habe sich als Bundesratspräsidentin vorgenommen, Angebote wie Parlamentssimulationen zu stärken. Dies sei auch in der Grand Region in der Zusammenarbeit mit Luxemburg, Belgien und Frankreich eingebracht worden. Dort gebe es bereits Jugendaustausche. Überlegt werde, ein überregionales Jugendparlament einzubringen. Luxemburg habe derzeit die Präsidentschaft inne. Ein Zwischengipfel finde am 4. Juli 2017 statt. Dort werde auch darüber gesprochen.

Die Zahl der Europaschulen betrage derzeit 39. Gehofft werde auf eine Steigerung dieser Zahl.

Gedankt werde für das von den Abgeordneten eingebrachte Engagement bei der Europawoche und dem Schulbesuchstag. Alle Schularten seien dabei in den Blick genommen worden.

Interessant seien auch die berufsbildenden Schulen. Dort würden Schülerinnen und Schüler breit gestreut erreicht. Hervorgehoben werde die Berufsbildende Schule Mainz I, die allein neun Schulpartnerschaften in ganz Europa unterhalte.

In Rheinland-Pfalz gebe es insgesamt knapp 1.500 Schulpartnerschaften über alle Schularten hinweg. Darüber sei eine Zusammenstellung erfolgt. Einige Schulen unterhielten mit mehreren Ländern Schulpartnerschaften. Derzeit werde gemeinsam mit dem Bildungsministerium überlegt, wie eine weitere Förderung des Schüleraustauschs angeregt werden könne. Wer einmal in einem anderen europäischen Mitgliedstaat Erfahrungen gesammelt habe, werde vieles über Europa besser verstehen.

Frau Abg. Willius-Senzer bittet um Auskunft, ob die Austausch vorrangig über das ERASMUS-Programm stattfinden würden.

Frau Staatssekretärin Raab stellt klar, es handele sich um individuelle Schulpartnerschaften. Diese würden durch das Pädagogische Landesinstitut begleitet. In der Staatskanzlei würden europapolitische Bildungsfahrten nach Brüssel und Straßburg gefördert. Die Austausch liefen nicht über ERASMUS.

Herr Vors. Abg. Hartenfels weist darauf hin, die Studie bestätige den Eindruck des EU-Bürgerdialogs vom Vorabend. Viele junge Menschen hätten sich dort zu Wort gemeldet. Auf die Jugend könne gebaut werden. Die Studie mache ein Stück weit deutlich, dass die Jugend sehr viel Positives mit Europa verbinde und bereit sei mitzuwirken, Europa positiv weiterzuentwickeln.

Als interessant angesehen werde die klare Ablehnung nationalistischer Ideen.

Herr EU-Kommissar Oettinger habe am Vorabend in Erinnerung rufen, Europa mache 4 % und Deutschland 1 % der Weltbevölkerung aus. Dies verdeutliche, wenn das eigene Handeln Gewicht haben und eine positive Weiterentwicklung erfolgen solle, funktioniere das nur gemeinsam.

Der Antrag – Vorlage 17/1505 – hat seine Erledigung gefunden.

Punkt 6 der Tagesordnung:

Deutsch-französische Kooperation nach der Wahl von Macron

Antrag nach § 76 Abs. 2 GOLT

Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

– Vorlage 17/1506 –

Frau Staatssekretärin Raab trägt vor, die Landesregierung habe die neue französische Präsidentschaft von Emmanuel Macron sehr begrüßt. Frau Ministerpräsidentin Dreyer habe als Bundesratspräsidentin und Ministerpräsidentin des Landes Rheinland-Pfalz gratuliert. Präsident Macron sei ein ausgesprochener EU- und Eurobefürworter. Die Landesregierung habe ihrer Freude in der Öffentlichkeitsarbeit Ausdruck verliehen.

Mit Blick auf andere Wahlen in Österreich und den Niederlanden, wo noch keine Regierungsbildung stattgefunden habe, sei die Freude über die gewonnene Präsidentschaft von Emmanuel Macron mit der Spannung verbunden, wie nach den Parlamentswahlen am 11. und 18. Juni 2017 das französische Parlament aussehen werde. Parlamentarische Mehrheiten seien notwendig, um politischen Gestaltungswillen umzusetzen.

Die Landesregierung sehe die deutsch-französische Kooperation durch Präsident Macron nach den erhaltenen Rückmeldungen als gestärkt an. Dieser Tatsache sowie der deutsch-französischen und der rheinland-pfälzisch-französischen Freundschaft sei Ausdruck verliehen worden. Macron habe seinen ersten Staatsbesuch in Berlin unternommen. Ministerpräsidentin Malu Dreyer habe als Bundesratspräsidentin ihren ersten Besuch in Paris beim französischen Außenminister und bei Senatspräsident Larcher abgestattet.

In der grenznahen Region Grand Est habe Marine Le Pen eine deutliche Stimmenmehrheit erzielt. Mit den Regierungen dort mit Philippe Richert gebe es ein gutes Miteinander. Philippe Richert habe einen Wahlauftritt zugunsten Emmanuel Macrons gestartet.

Der rheinland-pfälzische Landtag werde in der kommenden Woche mit einer kleinen Delegation in die Partnerregion Franche-Comté reisen. Die dort unterhaltenen Beziehungen würden durch die Präsidentschaft von Emmanuel Macron eher gestärkt und gingen in eine gute Zukunft.

Vergangene Woche sei auf der Ministerpräsidentenkonferenz mit der Bundeskanzlerin über den Brexit gesprochen worden. Dabei sei es darum gegangen, wie sich Deutschland im Kreis der 27 aufstellen und ob es ein Europa der zwei Geschwindigkeiten geben solle. Von allen Seiten der Bundesregierung und der Länderregierungschefs werde betont, die deutsch-französische Achse müsse in diesem Prozess eine bedeutende Rolle einnehmen.

In den Gesprächen mit der Kanzlerin sei zudem der US-Austritt aus dem Klimaschutzabkommen von Paris thematisiert und auch dort die deutsch-französische Achse betont worden. Weltweit finde ein großer Diskussionsprozess statt.

Die Gespräche über den Brexit und das Klimaabkommen seien bewegend gewesen und hätten damit geendet, dass die deutsch-französischen Konsultationen, nicht nur in diesen Themengebieten, verstärkt werden sollten und müssten. Zudem werde der Ausgang der französischen Parlamentswahlen mit Spannung erwartet.

Die deutsch-französische Freundschaftsgruppe des Bundesrates werde Ende Juni 2017 nach Frankreich reisen. Dort sollten weitere Konsultationen gestartet werden.

Herr Vors. Abg. Hartenfels bedankt sich für den Bericht.

Der Antrag – Vorlage 17/1506 – hat seine Erledigung gefunden.

Punkt 3 der Tagesordnung:

Agenda 2030 umsetzen, nachhaltige Entwicklung fördern

Antrag nach § 76 Abs. 2 GOLT
Fraktion der SPD
– Vorlage 17/1493 –

Herr Abg. Geis führt aus, im Ausschuss werde selten über den Bereich „Eine Welt“ gesprochen. Es mangle nicht an feierlichen Erklärungen, in denen weitgehende Einigkeit bestehe.

Gefragt werde, ob in diesem Bereich konkrete Umsetzungsschritte erfolgten. Neuerdings gebe es „Regionale Netzstellen Nachhaltigkeitsstrategien (RENN)“. Es sei von Interesse, darüber etwas zu erfahren.

Herr Frein (Referent im Ministerium für Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau) informiert, im Wirtschaftsministerium für die Nachhaltigkeitsstrategie des Landes zuständig zu sein.

Die im September 2015 von den Vereinten Nationen verabschiedete Agenda 2030 enthalte Grundsätze einer nachhaltigen Entwicklung, 17 globale Nachhaltigkeitsziele, die bis 2030 erreicht werden sollten, sowie einen Monitoring-Mechanismus.

Kern der Agenda 2030 seien die 17 globalen Nachhaltigkeitsziele, die sogenannten Sustainable Development Goals, die für alle Staaten gleichermaßen gälten. Die Instrumente und Wege, wie diese Ziele erreicht werden sollten, unterschieden sich. Deutschland müsse andere Schwerpunkte als etwa am wenigsten entwickelte Länder oder kleine Inselstaaten setzen.

Zentrales Instrument zur Umsetzung der globalen Nachhaltigkeitsziele in Rheinland-Pfalz sei die Nachhaltigkeitsstrategie des Landes. Dies verhalte sich analog zum Bund, wo die deutsche Nachhaltigkeitsstrategie ebenfalls das zentrale Instrument zur Umsetzung der Agenda 2030 sei.

Die markanteste Innovation der Fortschreibung 2015 seien die Nachhaltigkeitsziele Rheinland-Pfalz, die nicht zuletzt vor dem Hintergrund der ökologischen Belastbarkeitsgrenzen der Erde entwickelt worden seien.

Mit dem Indikatorenbericht 2017, an dem derzeit gearbeitet werde, sei analog zur deutschen Nachhaltigkeitsstrategie die Idee eines Monitorings der bestehenden Nachhaltigkeitsziele verbunden. Mit der Fortschreibung 2019 werde Gelegenheit zur Überprüfung bestehen, ob es sich um die richtigen Ziele handle oder vor dem Hintergrund der Agenda 2030 eine Nachsteuerung notwendig werde. Dabei werde bereits jetzt darauf verwiesen, dass die Nachhaltigkeitsziele Rheinland-Pfalz praktisch alle Sustainable Development Goals abdeckten.

Für die Umsetzung seien die jeweils federführenden Ressorts verantwortlich. Für den Klimaschutz sei somit das Umweltministerium verantwortlich. Zentrales Element zur Erreichung der Nachhaltigkeitsziele Rheinland-Pfalz, die gesetzlich im Landesklimaschutzgesetz verankert seien, sei das Ende 2015 vom Ministerrat verabschiedete Klimaschutzkonzept für Rheinland-Pfalz. Es umfasse knapp 100 nach Handlungsfeldern geordnete Maßnahmen, die zumeist einen Ressortbezug herstellten und von den Ressorts in eigener Verantwortung umzusetzen seien. Ein erstes Monitoring sei laut Landesklimaschutzgesetz für dieses Jahr vorgesehen.

Auch bei der Biodiversität zeichne das Umweltministerium verantwortlich. Im November 2015 habe der Ministerrat die Biodiversitätsstrategie des Landes verabschiedet, um in den kommenden Jahren die biologische Vielfalt im Land zu schützen und zu stärken. Mit der „Aktion Grün“ würden seit dem Frühjahr 2017 die rheinland-pfälzischen Arten- und Naturschutzaktivitäten zur Umsetzung der Biodiversitätsstrategie unter einer zentralen Dachmarke gebündelt. Der Kern der landesweiten „Aktion Grün“ sei es, Lebensräume zu erhalten und zu verbinden sowie dem Artensterben entgegenzuwirken.

Im Bereich der Beschaffung biete das Innenministerium ein landesweites Schulungs- und Beratungsangebot an, das sich primär an kommunale Beschaffer richte. Damit werde das Ziel verfolgt, ökosoziale Beschaffung in der kommunalen Praxis umzusetzen. Dabei würden Themen wie rechtliche und politi-

11. Sitzung des Ausschusses für Europafragen und Eine Welt am 07.06.2017
– Öffentliche Sitzung –

sche Rahmenbedingungen, die Relevanz von Sozial- und Umweltstandards, die Wirtschaftlichkeit ökosozialer Beschaffung, die Bedeutung von Sozial- und Umweltzeichen sowie die Entwicklung sozialer und ökologischer Ausschreibungskriterien behandelt.

Die Bildung für nachhaltige Entwicklung (BNE) werde in der Landesregierung anknüpfend an die entsprechenden UN-Dekaden als Querschnittsaufgabe begriffen. Am Pädagogischen Landesinstitut unterstütze eine Beratungsgruppe für BNE rheinland-pfälzische Schulen darin, nachhaltige Entwicklung zu einem selbstverständlichen Gegenstand des Unterrichts und der Schulqualitätsarbeit werden zu lassen.

Das Bildungsministerium habe in den letzten Jahren Konzepte zur Kompetenzentwicklung im Hinblick auf BNE und Inhalte der BNE und des globalen Lernens zu fixen Bestandteilen der neuen Curricula gemacht. Das Pädagogische Landesinstitut habe diesbezügliche Umsetzungshilfen bereitgestellt.

Die Zuständigkeit für den nonformalen Bereich liege beim Umweltministerium. Am heutigen Tag finde in Verantwortung des Umweltministeriums in Landau der Landeskongress BNE statt, auf dem sich 250 Multiplikatoren aus Rheinland-Pfalz trafen, um gemeinsam zu überlegen, wie die „Zukunftskonzeption Bildung für nachhaltige Entwicklung Rheinland-Pfalz 2015+“ umgesetzt werden könne. Das Wirtschaftsministerium habe an der Zukunftskonzeption mitgearbeitet und sei in Landau vertreten.

Das Thema der Nachhaltigkeit habe in allen Ressorts der Landesregierung einen hohen Stellenwert. Die Förderung einer nachhaltigen Entwicklung sei eine Querschnittsaufgabe, an deren Erfüllung die gesamte Landesregierung aktiv beteiligt sei. Dies zeige sich beispielsweise darin, dass die Fortschreibung bzw. der Indikatorenbericht der Nachhaltigkeitsstrategie Aufgabe der gesamten Landesregierung sei und nicht etwa nur des federführenden Wirtschaftsministeriums.

Vor wenigen Tagen sei gemeinsam mit dem Saarland die Crowdfunding-Plattform „Ideenwald“ eröffnet worden. Geworben werde dort beispielsweise um Unterstützung für eine Kläranlage auf Pflanzenbasis im Pfälzerwald, ein nachhaltiges Modelabel und Produktentwicklung im Bereich vegane glutenfreie Bio-rohkost.

Im vergangenen Jahr seien insgesamt 8,3 Millionen Euro in neue Radwege entlang von Bundes-, Landes- und Kreisstraßen investiert worden. 21 Kilometer neue Radwege seien dabei entstanden. Auch im Jahr 2017 würden weitere Radwege gebaut.

Gefördert werde die digitale Landwirtschaft, damit der Einsatz von Dünger und Pflanzenschutzmitteln genau dosiert werde. Dies trage zur Verbesserung des Tierwohls, der Optimierung des Ackerbaus und des Umweltklima- und Ressourcenschutzes bei und bedeute umweltbewusstes und wirtschaftliches Handeln.

Eine Verknüpfung mit entwicklungspolitischen Aspekten finde in vielfacher Weise statt. So beteilige sich das Wirtschaftsministerium beispielsweise an der Messe „Faire Welten“ im Rahmen der Rheinland-Pfalz-Ausstellung, wo einem breiten Publikum Produkte und Dienstleistungen aus fairem Handel und nachhaltigem Wirtschaften vorgestellt würden.

Das Ministerium beteilige sich zusammen mit dem Innen-, dem Umwelt- und dem Bildungsministerium am entwicklungspolitischen Promotorenprogramm in Rheinland-Pfalz, einem bundesweiten Beratungs- und Vernetzungsprogramm zur Stärkung der Informations- und Bildungsarbeit im Sinne der Einen Welt.

Kofinanziert werde mit dem Innenministerium eine Stelle zur Koordination kommunaler Entwicklungspolitik in Mainz. Dort gehe es um die Umsetzung der Agenda 2030 und öffentliche Beschaffung.

Zusammen mit dem Umwelt- und dem Innenministerium werde ein Projekt im Pfälzerwald vorbereitet, das kommunale Nachhaltigkeitsstrategien zum Ziel habe, die zu einem regionalen Nachhaltigkeitskonzept vernetzt werden sollten.

Im Rahmen der Erarbeitung der Fortschreibung bzw. des Indikatorenberichts der Nachhaltigkeitsstrategie gebe es eine eingespielte und bewährte ressortübergreifende Koordination. Im Rahmen des Monitorings und der Überprüfung der Nachhaltigkeitsziele Rheinland-Pfalz werde bewertet werden müssen, ob es in diesem Bereich zusätzlicher Anstrengungen bedürfe.

11. Sitzung des Ausschusses für Europafragen und Eine Welt am 07.06.2017
– Öffentliche Sitzung –

Eine nachhaltige Entwicklung könne nicht nur über Gesetze auf den Weg gebracht werden. Mindestens genauso bedeutsam sei Bildung für nachhaltige Entwicklung.

Nachhaltigkeit als solche gesetzlich zu verankern sei aus Sicht der Landesregierung wenig sinnvoll. Vor allem sei nicht klar, was Ziel und Inhalt eines solchen Gesetzes sein solle. Eine Ausnahme bilde möglicherweise die Debatte um die Aufnahme von Nachhaltigkeit als Staatsziel ins Grundgesetz. Die Meinungsbildung sei an dieser Stelle noch nicht abgeschlossen.

Anders verhalte es sich mit bestimmten Bereichen einer nachhaltigen Entwicklung. Hier gebe es in Rheinland-Pfalz eine gesetzliche Verankerung. Beispiele seien das Kreislaufwirtschaftsgesetz oder das Landesklimaschutzgesetz. Eine solche gesetzliche Verankerung sei nur für manche Bereiche sinnvoll. Die Erhöhung der Ressourcenproduktivität beispielsweise werde als sinnvolles Ziel für eine Nachhaltigkeitsstrategie betrachtet. Eine gesetzliche Verankerung sei allerdings nicht zielführend.

Das Wirtschaftsministerium habe die Einrichtung der Regionalen Netzstellen Nachhaltigkeitsstrategien (RENN) durch den Rat für Nachhaltige Entwicklung vor Beginn an begleitet. Eine aktive Beteiligung habe an der Bildung der RENN.west stattgefunden, die Rheinland-Pfalz, das Saarland, Hessen und Nordrhein-Westfalen umfasse.

Gemeinsam mit der Staatskanzlei habe das Ministerium die rheinland-pfälzischen Partnerorganisationen von RENN.west – den Umweltcampus Birkenfeld, die Energieagentur und das Entwicklungspolitische Landesnetzwerk ELAN – vorgeschlagen. Die Hochschule Trier mit dem Standort Birkenfeld sei als einzige Hochschule in Deutschland Konsortialpartner in einem RENN-Netzwerk.

Es bestehe enger Kontakt zu den rheinland-pfälzischen Partnerorganisationen. Zudem werde die Arbeit von RENN.west begleitet und beraten, zusammen mit den für die Nachhaltigkeitsstrategien federführenden Ministerien aus den anderen beteiligten Ländern.

Bei RENN handele es sich um ein zivilgesellschaftliches Projekt. Weder sei die Landesregierung der Träger noch in irgendeiner Weise verantwortlich für deren Arbeit. Finanziert würden die RENN-Strukturen über den Rat für Nachhaltige Entwicklung aus Mitteln des Bundeshaushaltes.

Die Auftaktveranstaltung von RENN.west Rheinland-Pfalz und Saarland habe am 11. Mai 2017 in Birkenfeld stattgefunden. Zurzeit sei RENN.west dabei, sein Arbeitsprogramm zu konkretisieren. RENN.west könne einen wichtigen Beitrag dazu leisten, den gesellschaftlichen Diskurs und die Nachhaltigkeitsstrategie auch in Rheinland-Pfalz auf eine breitere Grundlage zu stellen. Dazu solle beigetragen werden, wo dies aus Sicht der RENN-Strukturen hilfreich erscheine.

Als federführendes Ministerium für die Nachhaltigkeitsstrategie des Landes bestehe Offenheit für Kooperation. Der Zusammenarbeit werde entgegengesehen.

Herr Vors. Abg. Hartenfels bedankt sich für den Bericht.

Herr Abg. Geis merkt an, der erfreuliche Bericht habe die Vielfältigkeit der Arbeit in diesem Bereich aufgezeigt. Daraus werde abgeleitet, es müsse mehr über das eigene Handeln gesprochen werden.

Dass ein Vorgehen im Bereich der Gesetzgebung heikel sei und nur um einzelne Bereiche betreffen könne, sei bewusst. Dort beginne die eigene Verantwortung, in einzelnen Bereichen wie der Beschaffung zu überlegen, welche Möglichkeiten es zur Regelung gebe, auch im gesetzlichen Bereich. Dies sei womöglich nicht allen angenehm.

Es sei wichtig, ein Bewusstsein dafür zu haben, mit der Zivilgesellschaft, vertreten beispielsweise durch ELAN, zusammenzuarbeiten. Gedankt werde für deren gute Arbeit.

Frau Abg. Schmitt stellt bezüglich des Schulungsprogramms der Kommunen die Frage, wie viele Kommunen es bisher wahrgenommen hätten, wie es konkret umgesetzt werde und ob es Best-Practice-Beispiele gebe.

Herr Frein bietet an, diesbezügliche Informationen nachzureichen.

**11. Sitzung des Ausschusses für Europafragen und Eine Welt am 07.06.2017
– Öffentliche Sitzung –**

Herr Abg. Geis bittet um den Sprechvermerk.

Herr Vors. Abg. Hartenfels zeigt sich erfreut über die Vielfalt der Aktivitäten. In einer Marktwirtschaft werde es eine Herausforderung bleiben, ökologische bzw. nachhaltige Preise abzubilden. Die Arbeit in diesem Bereich werde daher tendenziell nicht abnehmen. Begrüßt werde die Tätigkeit aufseiten der Regierung und der Partner der Zivilgesellschaft.

Auf Bitte von Frau Abg. Schmitt sagt Herr Frein (Referent im Ministerium für Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau) zu, dem Ausschuss Informationen darüber zukommen zu lassen, wie viele Kommunen das Schulungsprogramm für Kommunen bisher wahrgenommen hätten, wie es konkret umgesetzt werde und ob es Best-Practice-Beispiele gebe.

Auf Bitte von Herrn Abg. Geis sagt Herr Frein zu, dem Ausschuss seinen Sprechvermerk zur Verfügung zu stellen.

Der Antrag – Vorlage 17/1493 – hat seine Erledigung gefunden.

**11. Sitzung des Ausschusses für Europafragen und Eine Welt am 07.06.2017
– Öffentliche Sitzung –**

Punkt 7 der Tagesordnung:

Verschiedenes

Der Ausschuss beschließt einvernehmlich – vorbehaltlich der erforderlichen Zustimmung –, vom 28. bis 29. November 2017 einen Arbeitsbesuch in Brüssel sowie am 29. November 2017 eine auswärtige Sitzung in der Landesvertretung in Brüssel durchzuführen.

Mit einem Dank an die Anwesenden für ihre Mitarbeit schließt **Herr Vors. Abg. Hartenfels** die Sitzung.

gez. Patzwaldt

Protokollführerin

Anlage

In der Anwesenheitsliste eingetragene Abgeordnete:

Geis, Manfred	SPD
Noss, Hans Jürgen	SPD
Scharfenberger, Heike	SPD
Schmitt, Astrid	SPD
Wansch, Thomas	SPD
Beilstein, Anke	CDU
Licht, Alexander	CDU
Meurer, Elfriede	CDU
Seekatz, Ralf	CDU
Lohr, Damian	AfD
Willius-Senzer, Cornelia	FDP
Hartenfels, Andreas	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Für die Landesregierung:

Raab, Heike	Bevollmächtigte beim Bund und für Europa, für Medien und Digitales
-------------	--------------------------------------------------------------------

Landtagsverwaltung:

Hardt, Dr. Markus	Ministerialrat
Patzwaldt, Damaris	Mitarbeiterin der Landtagsverwaltung (Protokollführerin)